



Die Tore öffnen sich für die Investoren: Das Interessenbekundungsverfahren für das Gelände der ehemaligen Blücherkaserne ist einen Schritt weiter. Bild: Saathoff

Vermarktungsfrage geklärt

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) soll die ehemalige Blücher-Kaserne in Aurich an den Mann bringen.

Aurich. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) übernimmt die Vermarktung des Kasernengeländes in Aurich. Das entschieden die Mitglieder des städtischen Sanierungsausschusses in ihrer Sitzung am vergangenen Dienstag. Die Entscheidung war nicht unumstritten, Linke und Grüne wollten diese Aufgaben von der Stadt selber gemacht haben.

„Das Gebiet lässt sich hervorragend von der Stadt vermarkten“, sagte **Hendrik Siebolds** (Die Linke). Es sei „ein großer Fehler“, wenn die Stadt das Gebiet nicht selber vermarkte und so Geld damit verdiene. „Osnabrück hat 55 Hektar für einen Euro gekauft“, verglich der Linkspolitiker die Situation in Aurich mit einer anderen Kasernenumwandlung. Osnabrück wird zurzeit

von städtischen Politikern gerne als Musterbeispiel für eine erfolgreiche Umwandlung eines Kasernengeländes genannt. Im März wollen die Mitglieder des Sanierungsausschusses sich vor Ort ein genaueres Bild von dem Wandel in der viertgrößten Stadt Niedersachsens machen.

Zurzeit arbeitet die Stadt an den Kriterien für ein Interessenbekundungsverfahren, mit dem sie potenzielle Investoren für das Kasernengelände gewinnen möchte. Problematisch fand Siebolds auch die in der Beschlussvorlage notierten Kriterien. In der Beschlussvorlage steht unter anderem, dass die Stadt ihr Erstzugriffsrecht behalte, die Bebauungspläne erstelle oder die Erschließungsstraßen übernehme. „Das sind doch alles Selbstverständlichkeiten“, sagte Siebolds. Er wünschte sich konkretere Bedingungen, etwa ein prozentual festgelegter Wert für bezahlbaren Wohnraum. Er erhielt Unterstützung von **Gila Altmann** (Die Grünen). Sie er-

gänzte als Vorgabe einen größtmöglichen Erhalt der Grünflächen auf dem Kasernengelände.

Widerspruch kam vom Ausschussvorsitzenden **Bodo Bargmann** (CDU). „Ihr wisst, dass wir nicht Besitzer der Fläche sind?“, fragte er Siebolds und Altmann. Da die Stadt das Vermarktungsverfahren nicht selber durchführe, könne sie zum jetzigen Zeitpunkt auch keine Detailfragen regeln. Ihn unterstützte **Richard Rockiki** von der Auricher Wählergemeinschaft (AWG). „Bei der Markthalle wollen wir doch auch kein enges Korsett“, verwies Rockiki auf ein separates, zurzeit laufendes Interessenbekundungsverfahren der Kreisstadt, „sondern möglichst viele Gedanken, aus denen wir dann den passenden auswählen.“

In der anschließenden Abstimmung stach dieses Argument offenbar. Die Befürworter einer Vermarktung durch die BImA setzten sich mehrheitlich durch. Nur Siebolds und Altmann votierten dagegen. ps